

Sozialraumorientierung und Armutsbewältigung. Herausforderungen für Sozialberatung aus sozialraumorientierter Perspektive

1. Einleitung

Wie passt dieser Titel zu den anderen Beiträgen in diesem Buch? Geht es doch bei Sozialberatung zur Armutsbewältigung vorwiegend um Einzelfallhilfe und Individualberatung, während Sozialraumorientierung nicht Individuen sondern Gemeinwesen in den Blick nimmt.

„Sozialraumorientierte Arbeit zielt nicht auf die `Besserung` von Menschen, auf die zielgerichtete Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten oder erzieherischer Intervention bezüglich ihrer Kommunikationsstile, sondern auf konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen der Wohnbevölkerung in einem Wohnquartier unter aktiver Beteiligung der betroffenen Menschen.“ (Hinte/Kreft 2005, S. 870)

In diesem Aufsatz geht es darum, sozialräumliche Perspektiven anzubieten, die stärker an den Ursachen sozialer Probleme ansetzen, die Facetten gesellschaftlichen Wandels aufzuzeigen und deren Bedeutung für die Bewältigung von Armut auf lokaler Ebene zu skizzieren.

Zunächst wird in einem Überblick über wesentliche Aspekte der technologischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen zum Ende des 20. Jahrhunderts ein Bild des gesellschaftlichen Wandels gezeichnet. In einem zweiten Schritt wird der Focus von der globalen und nationalen Ebene auf die lokale Ebene verengt und einige Auswirkungen der genannten Veränderungen auf Städte und Quartiere beschrieben. Im dritten Schritt werden die Bewältigungsversuche kommunaler Politik in das Blickfeld einbezogen, um damit den Boden zu bereiten für Sozialraumorientierung als Handlungsansatz der Sozialen Arbeit, der das räumliche und soziale Feld als Handlungsebene erklärt. Damit wäre der Acker bestellt, sodass abschließend mögliche Konsequenzen für Armutsbewältigung durch Soziale Arbeit aus einem sozialräumlichen Blickwinkel theseartig formuliert werden können.

2. Stadtentwicklung im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert

Zu den Bedingungen und Veränderungen des Lebensraums Stadt

2.1 Historische und stadtsoziologische Betrachtungen

Soziologische Betrachtungen von Städten beziehen sich, wie Walter Siebel schreibt, auf das Leben der Menschen in der Stadt und die Unterschiede zur Lebensart der Landbevölkerung. (Siebel 1998) Weil die jeweilige städtische oder ländliche Lebensweise abhängig von der historischen Epoche und der entsprechenden Gesellschaftsformation ist, suchen Soziologen nach den gesellschaftsbedingten Merkmalen und Unterschieden in der Lebensweise von Land- und Stadtbevölkerung.

Im Mittelalter war das Landleben geprägt vom ökonomischen und politischen System des Feudalismus mit seinen Merkmalen Leibeigenschaft, Lehenswesen, Ständegesellschaft und Gwaltherrschaft.

Die Städte hingegen entwickelten sich ökonomisch von der Selbstversorgungswirtschaft zur Markt- und Handelswirtschaft und politisch durch zunehmende Selbstverwaltung, eigenes Stadtrecht und Selbstverteidigungsmöglichkeiten zu Bürgergesellschaften. So sah Max Weber in seiner historischen Analyse der Stadtentwicklung die ökonomischen Funktionen des Marktes und die zunehmende Selbstverwaltung der Bürger als Ursache für die Entwicklung der europäischen Stadt des Mittelalters zur ökonomischen und politischen Keimzelle der

modernen Gesellschaft.(Weber 1922) Die Lebensweise der Stadtbewohner wurde insofern von den ökonomischen Bedingungen beeinflusst, als der Markt ein Rollenverhalten mit vielerlei, spezialisierten Kontakten unter einander fremden Menschen erforderte aber auch ermöglichte. Die politischen Bedingungen erlaubten dem Städter die Schaffung einer ökonomischen Existenzgrundlage durch Berufsausübung und die Zugehörigkeit zur Bürgerschaft durch individuelle Mitgliedschaft. Mit den eigenen Bürgerrechten verbunden, war die Teilnahme am öffentlichen Leben in der Stadt und an der bürgerlichen Selbstverwaltung. Hans Paul Bahrdt verweist auf die Entstehung der Polarität und Wechselwirkung von Öffentlichkeit und Privatheit durch die zunehmende Individualisierung des Städters.(1961) Der Städter sei über Markt und Bürgerschaft integriert in die Stadtgesellschaft. Weil damit die Beziehungen der Individuen nur partiell und nicht vollständig definiert sind, bestehe die Möglichkeit der Begegnung als Individuum, was wiederum die Voraussetzung für Privatheit sei.

Gleichzeitig schaffe die Begegnung mit vielen Fremden ein Bedürfnis nach Privatheit. Die Existenz, der Wechsel und die Differenz von Privatheit und Öffentlichkeit, sei so Bahrdt ein Spezifikum städtischer Lebensweise.(1961)

Klassische Stadt-/Land-Gegensätze, wie die Herrschaft der Aristokratie aus der Stadt über die versklavten Bauern auf dem Land in der Antike oder städtische Bürgergesellschaft versus ländliche Feudalgesellschaft im Mittelalter, verlieren mit der zunehmenden Industrialisierung im 19.Jahrhundert ihre gesellschaftliche Sprengkraft. Mit der Etablierung von Nationalstaaten und der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweise wurde die Stadt im 19.Jahrhundert zum Zentrum der Gesellschaft.(Siebel 1998, S.266) Die Konzentration der industriellen Produktion in den Städten, schuf dort viele Arbeitsplätze, mit der Folge starken Bevölkerungszuwachses aus der näheren Umgebung und großen Wanderungsbewegungen aus ferneren Regionen. Anzahl (Größe), Konzentration (Dichte) und Vielfalt (Heterogenität) der Bevölkerung sowie Dynamik der Entwicklung, waren die Merkmale der industriellen Großstadt. Welche Lebensweise sich dementsprechend entwickelte, beschrieb Georg Simmel in seinem Aufsatz „*Die Großstädte und das Geistesleben*“.(Simmel 1984)

Darin stellt Simmel einen theoretischen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Wandel am Ende des 19.Jahrhunderts und großstädtischer Lebensweise her. Das Zusammenwirken von Geldwirtschaft, Wettbewerb und der Vielfalt des Großstadtlebens präge die sozialen Beziehungen des Großstädters. Die Qualität der Beziehungen der Großstädter macht Simmel an drei Begriffen fest. Als *Intellektualisierung* bezeichnet er die Dominanz der Verstandesherrschaft, zum Schutz vor der Fülle äußerer Eindrücke und Gemütszustände. Mit *Blasiertheit* meint Simmel die Abstumpfung gegenüber der Reizvielfalt in der Großstadt. Unter *Reserviertheit* versteht er die notwendige Distanz gegenüber anderen Menschen, weil der Großstädter nicht mit jedem Mitbürger eine emotionale Beziehung unterhalten könne. Diese Sachlichkeit in der Behandlung von Menschen und Dingen, mache die Menschen zu an sich gleichgültigen Elementen und deren Beziehungen gleichgültig gegenüber allem Individuellen. Distanz und Abwendung sieht Simmel als Voraussetzung des Zusammenlebens in der Großstadt und zur Vermeidung von Hass und Kampf an. Die „normative Solidarität“ in traditionellen Gesellschaften, mit ihren starken moralischen Bindungen, werde ersetzt durch systemische, unpersönliche Solidarität. *Blasiertheit* und *Reserviertheit* sind gleichsam die Instrumente der Integration, ohne moralische Verpflichtungen, sondern verbunden mit gewisser Ignoranz gegenüber Persönlichem.

Wenn Persönlichkeit sekundär ist, Kontakte zweckbestimmt sind und Koexistenz ohne innere menschliche Beziehung möglich wird, ergibt sich nach Simmel die Chance für Individualisierung, Pluralisierung der Lebensstile und Integration des/von Fremden, weil fremd bleiben möglich ist, ohne marginalisiert zu werden.

Der deutsche Soziologe Norbert Elias sieht in der Entwicklung des psychischen und gesellschaftlichen menschlichen Verhaltens vom Feudalismus bis zur Moderne einen *Prozess*

der Zivilisation, erkennbar in der Verfeinerung der Sitten und gefördert durch zunehmende Interdependenzen zwischen den Menschen sowie der Zunahme von Selbststeuerung (Selbstkontrolle) bei gleichzeitiger Abnahme von Fremdzwängen im individuellen Verhalten.(1976) Manuel Eisner belegt dies mit dem Rückgang von Gewaltdelikten seit dem 19. Jahrhundert bis in die 60er Jahre des 20.Jahrhunderts.(1997)

Wachstum, Wettbewerb, Marktorientierung und Arbeitsteilung, bei gleichzeitiger Vielzahl und Dichte der Bevölkerung machten die Stadt zu einem kulturell und ökonomisch sehr produktiven Ort, der individuelle Lebensweisen durch sein großes differenziertes Arbeitsplatz- und Konsumangebot ermöglichte.

Ferdinand Tönnies beschreibt, wie sich mit der bürgerlichen Gesellschaft „...das gemeinschaftliche soziale Leben vermindert und ein anderes neues aus den Bedürfnissen, Interessen, Wünschen, Entschlüssen von handelnden Personen hervorgehendes Zusammenwirken sich entwickelt und zunehmende Macht, allmählich ein Übergewicht erlangt.“ (Tönnies 1931)

In den 1920er Jahren wurde in Chicago von Robert E. Park, E.W. Burgess und R.D. McKenzie der *sozialökologische Ansatz* entwickelt.(Park u.a.1925) Park hatte zwar bei Georg Simmel in Deutschland studiert, orientierte sich jedoch stark an der damaligen ökologischen Forschung, die sich für die Interdependenz von Organismus und Umwelt interessierte. Der sozialökologische Ansatz der Chicagoer Schule um Park, Burgess und McKenzie sieht im ökonomischen und sozialen Wettbewerb die Entsprechung zum Kampf ums Dasein in der Natur. Die Konkurrenzsituation führe zum Zusammenschluss und zur Absonderung (Segregation) von homogenen Gemeinschaften in Bezug auf ihre ethnische Herkunft, ihren sozialen Status oder ihren kulturellen Lebensstil. Gleichzeitig böten diese Communities ihren Mitgliedern Heimat und soziale Beziehungen als Ersatz traditioneller dörflicher Kultur. Die Stadt ist für die Chicagoer Schule ein Mosaik kleiner Welten verschiedener Communities, die sich berühren aber nicht durchdringen. Die Separierung der verschiedenen Kulturen zähme gefährliche Tendenzen der Individualisierung durch soziale Kontrolle und die Vermittlung von Halt.

Gleichzeitig enthalte die Separierung Optionen des Wechsels zwischen verschiedenen Milieus und ermögliche ein Leben in verschiedenen Welten. Großstadt ist in diesem Ansatz gekennzeichnet durch eine heterogene Pluralität untereinander konkurrierender aber koexistierender homogener Gemeinschaften. Integration wird als kollektiver Prozess verstanden.

Louis Wirth nahm, in einem 1938 erschienen Aufsatz, die theoretischen Überlegungen Simmels auf und entwickelte diese auf der Grundlage der damaligen Forschungsergebnisse zu einer Theorie der Urbanität weiter. Wirth definierte Stadt als „*eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen.*“ (Wirth 1974, S.48) Mit den Variablen Größe, Dichte und Heterogenität erklärte Wirth die wesentlichen Merkmale urbanen Lebens, das er aus ökologischer, gesellschaftlicher und individualistischer Perspektive beschrieb.

Sowohl Simmel als auch Park analysierten die Großstadt zu einer Zeit als diese Zentrum von ökonomischem Wachstum und Innovation war, die fast jedem Bewohner zumindest die Perspektive des individuellen Erfolges bot.

Deshalb kamen z.B. die Sozialformen der Arbeiterviertel am Ende des 19.Jahrhunderts mit ihrer Solidarität und ihrem kollektiven Handeln bei Simmels Betrachtungen nicht vor. Park und seine Kollegen vernachlässigten hingegen die Verhältnisse beispielsweise von Zuwanderern, für die Segregation mehr auf ökonomischen Zwängen als auf freier Entscheidung beruhten. Beide Ansätze beschäftigten sich mit den Auswirkungen von Städtewachstum und Wettbewerb auf die Organisation städtischen Lebens. Sie untersuchen die Zusammenhänge zwischen Größe/Ausdehnung, Dichte/Konzentration, Dominanz/Heterogenität und dem Verhalten der Individuen.

Beide Ansätze machen die Unterschiedlichkeit zwischen Individuen bzw. Gemeinschaften, also die Heterogenität zum Merkmal des Städtischen. Ihre Unterschiede liegen in den Annahmen über Voraussetzungen der Koexistenz.

Die individualistischen Ansätze von Simmel und Wirth sehen in der Separierung der Individuen die Chance zu mehr Freiheit oder wie es Bahrtdt ausdrückt im „*Respektieren der Individualität des anderen, auch dann, wenn keine Hoffnung besteht, sie zu verstehen.*“ (Bahrtdt 1961, S.103)

Die sozialökologische Richtung hält die Bildung und Abgrenzung von homogenen Gemeinschaften in denen die soziale Integration stattfindet für die notwendige Voraussetzung der Koexistenz heterogener Gemeinschaften.

Beide Ansätze vernachlässigen die Bedeutung der Ursachen und Bedingungen von Wettbewerb und damit verbundener sozialer Ungleichheit, obwohl sie Wettbewerb und Arbeitsteilung als entscheidende Bedingungen der Koexistenz heterogener Individuen bzw. Gemeinschaften auf engem, städtischem Raum ansehen.

Hier setzen politisch-ökonomisch orientierte Ansätze in der Stadtforschung an, die die Bedeutung technologischer Entwicklungen, ökonomischen Strukturwandels und politischer Veränderungen im 20. Jahrhundert thematisieren. (vgl. Herlyn 1974; Prigge 1987) Auf die Wechselwirkungen und Folgen dieser Veränderungen wird im nächsten Kapitel näher eingegangen.

Bei zunehmender Heterogenität der Bevölkerung, habe die ökonomische Integrationskraft abgenommen wie Häußermann feststellt. Die systemische Integration über Wettbewerb, Geldwirtschaft und Arbeitsmarkt würde schwieriger. Gleichgültigkeit als Tugend und Integration des Fremden seien unter verschärften ökonomischen Bedingungen erschwert, Fremdenhass und rassistische Gewalttaten seien die Belege dafür. (Häußermann 1997)

Individualistische Ansätze sehen in einer heterogen zusammengesetzten Öffentlichkeit, eher Kommunikationschancen durch die Belebung und erwarten dadurch Sicherheit im Umgang mit Fremden, Abbau von Angst und Aufbau von Vertrauen in die Toleranz der Anderen. Die Community-Ansätze sehen Kommunikation abhängig von der Homogenität der Gemeinschaften, bzw. der Ähnlichkeit der Personen in Bezug auf ihre Lebensweise und Gründe des jeweiligen Aufenthaltes.

2.2 Technologische, ökonomische und politische Veränderungen

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lassen sich für die Bundesrepublik Deutschland und andere mitteleuropäische Industriestaaten eine Reihe von technologischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen feststellen, die von einigen Autoren als Entwicklung vom Fordismus zum Postfordismus beschrieben werden. (Bell 1975; Esser/Hirsch 1987; Ipsen 1987; Krämer-Badoni 1987) Fordismus, zunächst als gesellschaftsprägende Produktionsweise des 20. Jahrhunderts verstanden, verdankt seinen Namen dem Automobilunternehmer Henry Ford, der als „Erfinder“ der industriellen Massenproduktion gilt.

Die Ursachen des Wandels vom Fordismus zum Postfordismus, lassen sich im Wesentlichen auf Veränderungen in den drei Bereichen Technologie, Wirtschaft und Politik zurückführen. (vgl. Abb.1) Demografische Veränderungen können in diesem Zusammenhang mit Friedrichs als Folgeerscheinungen technologischer, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen angesehen werden. (1995) Im Bereich **Technologie** ist es vor Allem die Entwicklung der *Mikroelektronik*, deren vielfältige Nutzung in der *Steuerungs- und Regelungstechnik*, sowie in der *Informations- und Kommunikationstechnologie* zu erheblichen Veränderungen geführt hat. (Esser/Hirsch 1987)

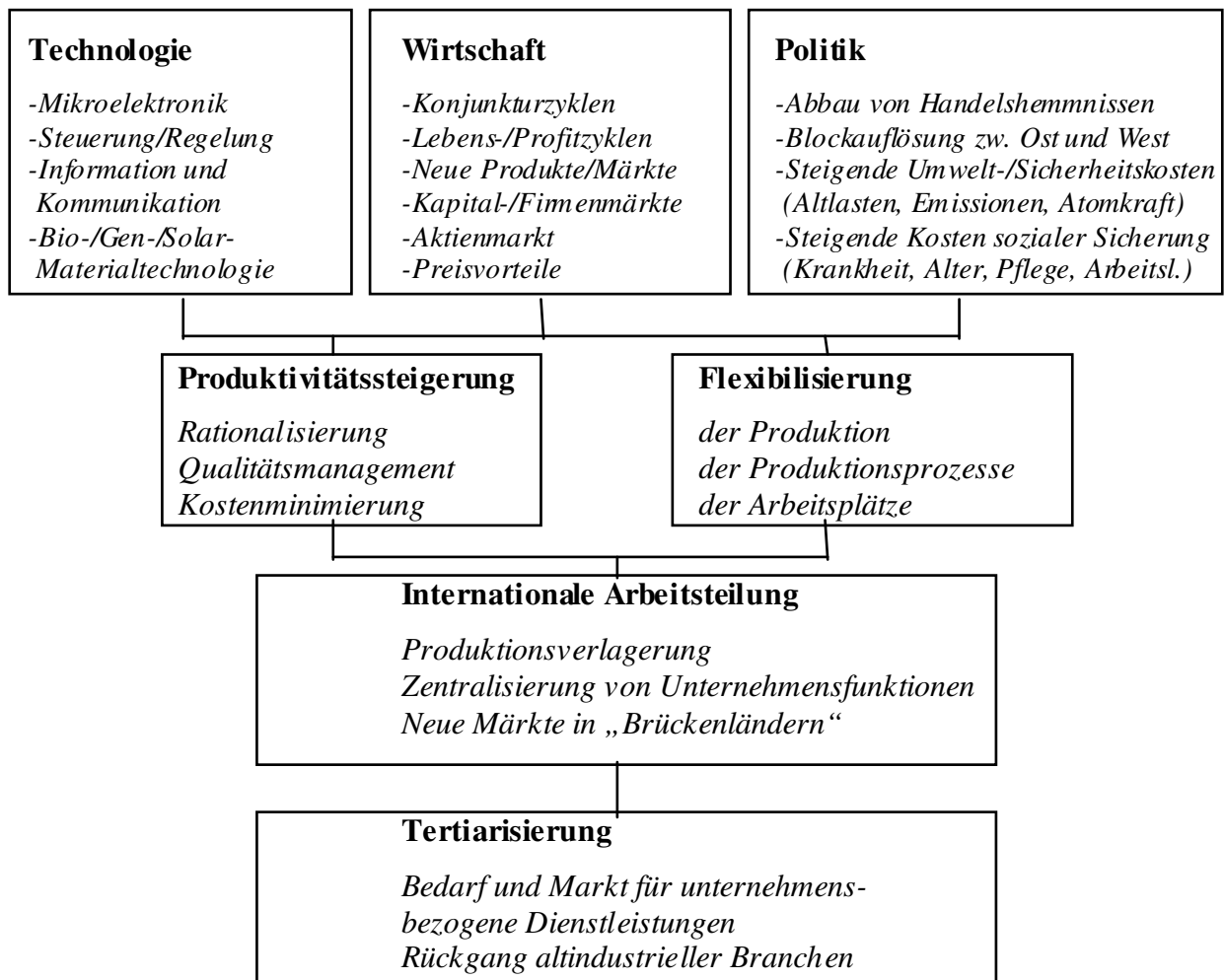
Im Bereich **Wirtschaft** kann mit Verweis auf verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Ansätze von einem ständigen wellenförmigen Verlauf von *Konjunkturzyklen* unterschiedlicher Längen ausgegangen werden. (vgl. Schumpeter 1961) Nach Kondratieff's „Theorie der langen Wellen“, werden die Produktionsgebiete im Sektor der auslaufenden Wellen (von der energieintensiven Schwerindustrie über die Elektroindustrie und Petrochemie zur Mikroelektronik) von den neuen Industrien deshalb oft gemieden, weil jeweils unterschiedliche Standortfaktoren wichtig sind.

Häußermann und Siebel erklären den *Lebens- und Profitzyklus* der Produktion nach der „Filter down Theorie“, mit ihrem Wechsel von der Entwicklungs- zur Standardisierungsphase. (1988) (vgl. Hadel 2000, S. 1961 u. 2511ff) In seiner Entwicklungsphase sei ein Unternehmen auf räumlich eng verbundene Kommunikation zwischen Forschung, Entwicklung, Produktion und der Erprobung beim Kunden angewiesen, die alle an einem zentralen Standort konzentriert sein müssten. In der Standardisierungsphase hingegen sei mehr räumliche Flexibilität möglich und die Produktionskosten könnten durch Rationalisierung mittels Technisierung und Automatisierung gesenkt werden. Als weitere wichtige ökonomische Entwicklungen sind die *Entstehung neuer Produkte und Märkte* im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, sowie wachsende Marktchancen in der Solar-, Bio- und Gentechnologie zu nennen. (Nefiodow 1996) *Kapital- und Firmenmärkte*, die global vernetzt sind, haben sich stark entwickelt und auch in Deutschland den *Aktienmarkt* populär gemacht, wie die breite Nachfrage nach der Telekom-Aktie zeigte. Angesichts steigenden Welthandels und schnell wachsender weltweiter Direktinvestitionen gewinnen *Preisvorteile für Transport, Boden und Arbeit* eine zunehmende Bedeutung für wirtschaftliche Unternehmungen. (Friedrichs 1999)

Im Bereich **Politik** sind der *Abbau von Handelshemmnissen*, weltweit durch Gatt- und WTO-Vereinbarungen, europaweit durch die Verträge der Europäischen Union sowie die *Blockauflösung zwischen Ost und West*, die wohl bedeutsamsten Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte. Die Industrienationen sind wegen der über die Industrialisierungsperiode hinweg angesammelten Altlasten und der erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingeführten Nutzung der Atomenergie, mit *steigenden Umwelt- und Sicherheitskosten* konfrontiert. Verschärft wird diese Situation durch steigende *Kosten der sozialen Sicherung*, u.a. für Alter, Pflege, Krankheit und Arbeitslosigkeit. (Ipsen 1987)

¹ Hadel u.a. unterscheiden drei Zyklen nach deren unterschiedlicher Dauer. „Kitchin-Zyklus“ oder „Mitchell-Zyklus“ mit einer Dauer von 3 - 4 Jahren, geht zurück auf J. Kitchin USA/GB 1923, gilt als umstritten. Der „Juglar-Zyklus“, nach C. Juglar (1860) mit einer Dauer von 7 - 11 Jahren gilt als Konjunkturzyklus im eigentlichen Sinne. Der „Kondratieff-Zyklus“, nach Nikolai D. Kondratieff von 1926, wird wegen seiner Dauer von 50 - 60 Jahren auch Theorie der langen Wellen bezeichnet. Vgl.: Hadel, Thorsten u.a.: Wirtschaftslexikon. Gabler. Wiesbaden 2000. Seite 1785

Abbildung 1: Veränderungen in Technologie, Wirtschaft und Politik



2.2.1 Produktivitätssteigerung und Flexibilisierung

Verstärkte Nutzung der Mikroelektronik in der Steuerungs- und Regelungstechnik, sowie in der Informations- und Kommunikationstechnik ermöglichen durch den Einsatz von Computern verstärkte *Rationalisierungseffekte*. Abbau von Handelshemmnissen und Blockauflösung zwischen Ost und West, erlauben im Zusammenspiel mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien die Erschließung neuer Märkte und verursachen durch weltweite Vernetzung einen erweiterten Wettbewerb.

Erweiterter Wettbewerb und steigende Umwelt- und Sicherheitsauflagen für Unternehmen machen ein *Qualitätsmanagement* notwendig, das internationale Qualitätsvergleiche sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sicherheitsauflagen gewährleistet. Nach der „constraint location theory“ führt die steigende Kapitalintensität eines „durchrationalisierten“ Unternehmens zu weiteren *Kostenkalkulationen* und *Kostenreduzierungen*. (Häußermann/Siebel 1987)

Angesichts steigender Kosten für Umwelt, Sicherheit und soziale Sicherung sowie der verschärften Wettbewerbssituation gewinnt *Kostenminimierung* in Unternehmen zunehmend an Bedeutung. *Rationalisierung, Qualitätsmanagement und Kostenminimierung* tragen wesentlich zur **Produktivitätssteigerung** bei, die wiederum zur wichtigen Voraussetzung für die Kapitalbeschaffung auf einem erweiterten Kapitalmarkt wird. (Häußermann/Siebel 1987)

Neue und wechselnde Märkte machen die Produktion kleiner Serien nach Bedarf notwendig. Durch Informations- und Kommunikationstechnologie sind Unternehmen in ihrer

Standardisierungsphase in der Lage, die Produktion in kleine Einheiten auf zu teilen, um bedarfsgerechter produzieren zu können. Beides führt zu einer *Flexibilisierung der Produktion*. Aufteilung in kleinere Subunternehmen oder Auslagerung bestimmter Unternehmensbereiche („Outsourcing“) sowie die Beschleunigung der Kommunikation zwischen Nachfrage und Produktion erhöhen die Variabilität von Steuerung und Produktion und führen zur *Flexibilisierung der Produktionsprozesse*, also der Organisation von Entwicklung, Produktion und Vertrieb.(Ipsen 1987) Wegen des verstärkten Einsatzes der Mikroelektronik, den Anforderungen des Qualitätsmanagements und der flexibilitätsbedingten Ausweitung von Aufgaben („Job-enlargement“) und Verantwortung („Job-enrichment“) werden von zunehmend mehr Arbeitskräften breitere und professionellere Qualifikationen sowie erweiterte zeitliche Einsatzbereitschaft erwartet.(v.Beckerath/Sauermann/Wiswede 1981) Produktivitätserwartungen von Geldgebern und Aktienbesitzern („Shareholder“) erhöhen bei steigenden Personalkosten den Druck auf flexiblere Gestaltung von Bezahlung, Arbeitszeit und Beschäftigungssicherheit. Insgesamt geht es dabei um die *Flexibilisierung der Arbeitsplätze*. Neben der Produktivitätssteigerung ist die **Flexibilisierung der Produktion, der Produktionsprozesse und der Arbeitsplätze**, die zweite wichtige Folge der beschriebenen technologischen, ökonomischen und politischen Entwicklungen.(vgl. Sennett 1998b)

2.2.2 Internationale Arbeitsteilung

Steigender Druck zu Produktivitätssteigerungen und wachsende Möglichkeiten der Flexibilisierung haben eine zunehmende **internationale Arbeitsteilung** entstehen lassen. Technologische Möglichkeiten der Rationalisierung und der Abbau von Handelshemmnissen ermöglichen bei flexiblerer Organisation von Entwicklung, Produktion und Vertrieb, weltweite Preisunterschiede für Arbeit, Transport und Boden zu nutzen. Zur Kostenminimierung bieten sich bei sinkenden Transportkosten *Produktionsverlagerungen* in Gebiete mit weniger Auflagen, günstigeren Bodenpreisen oder niedrigeren Arbeitskosten an.(Häußermann/Siebel 1988)

Die Flexibilisierung der Organisation von Produktionsprozessen eröffnet Optionen der *Zentralisierung von Unternehmensfunktionen*, wie Steuerung, Management und Entwicklung, um angesichts weltweit vernetzter Kapital- und Firmenmärkte, Synergieeffekte durch Konzentrationen und Fusionen zu nutzen. Begrenzte Nachfrage in den Industriestaaten und die Entwicklung *neuer Märkte in „Brückenzländern“* führen über Direktinvestitionen zu weiterer internationaler Arbeitsteilung.(Dangschat 1996)

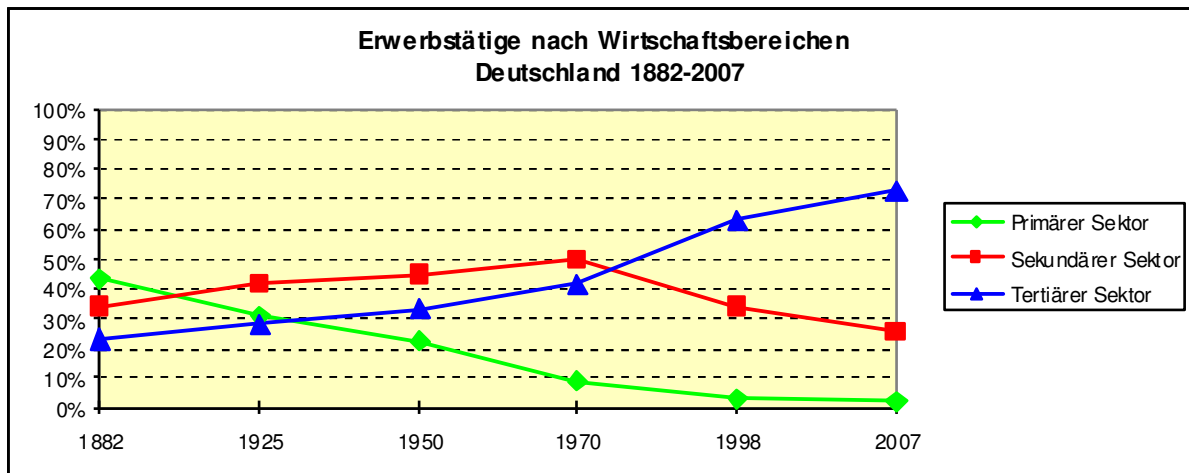
2.2.3 Tertiarisierung

Rationalisierung und Kostenminimierung als Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung haben im Verbund mit der Flexibilisierung von Produktion und Produktionsprozessen für steigenden Bedarf an unternehmensbezogenen Dienstleistungen geführt. So ist ein wachsender Markt an hochqualifizierten Dienstleistungen z.B. in Forschung und Entwicklung, Marketing, Personalservice, Transport und Logistik aber auch für „einfache“ Dienstleistungen, wie Reinigungs-, Wartungs- und Wachdienste entstanden.(Ipsen 1987) Zentrale Steuerungs-, Management- und Entwicklungsfunktionen siedeln sich bei räumlicher Flexibilität dort an, wo die jeweils notwendige Infrastruktur an Dienstleistungen vorhanden ist. Die internationale Arbeitsteilung in Form von Produktionsverlagerungen und Zentralisierung bzw. Konzentration von Unternehmensfunktionen, hat in den „alten Industriestaaten“ zu einem *steigenden Bedarf und wachsenden Markt an unternehmensbezogenen Dienstleistungen*, bei gleichzeitigem *Rückgang industrieller Produktion* insbesondere in den „alten“ Branchen, wie Kohle, Stahl, Schiffbau und Textil geführt.(Häußermann/Siebel 1987) Diese Entwicklung wird als Tertiarisierung bezeichnet. Damit ist der Wandel in der Dominanz der auf Jean Fourastié zurückgehenden klassischen drei Wirtschaftsbereiche, des primären (Land- und

Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären (Dienstleistungen) Sektors in Bezug auf die Zahl der jeweils pro Sektor beschäftigten Erwerbstätigen gemeint. (Fourastié 1954)

Während in Deutschland der primäre Sektor Ende des 19. Jahrhunderts noch die meisten Beschäftigten zählte, erreichte der sekundäre Sektor Anfang der 1970er Jahre seinen Höhepunkt. Dem steht eine starke Zunahme des tertiären Sektors im 20. Jahrhundert gegenüber, in dem 1998 mit ca. 36 Mio. etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen beschäftigt waren.² (vgl. Abb. 2)

Abbildung 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Deutschland 1882-2007



Quelle: Daten für 1882-1998: Datenreport 1999, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Seite 90; Daten für 2007: Datenreport 2008, Seite 84.

Anmerkungen: Die Daten für 1882 und 1925 beruhen auf Berufszählungen im Reichsgebiet, bzw. für 1950 im früheren Bundesgebiet. Die Angaben für die Jahre 1970 und 1998 beruhen auf Ergebnissen des Mikrozensus im früheren Bundesgebiet (1970), bzw. Gesamtdeutschland (1998 und 2007).

2.3 Folgen, Risiken und Chancen ökonomischer Veränderungen

Die von einigen Autoren (Esser/Hirsch 1987; Dangschat 1996) beschriebenen Folgen im ökonomischen Bereich der oben erläuterten Veränderungen sind in Abbildung 3 zu einem Schaubild zusammengefasst und können wie folgt expliziert werden.

² Der primäre Sektor zählte der Ende des 19. Jahrhunderts mit über 8 Mio. Menschen noch die meisten Beschäftigten, 1998 waren es nur noch 1 Mio. Beschäftigte. Der sekundäre Sektors wuchs von ca. 34% Ende des 19. Jahrhunderts auf knapp 50% (1970) und fiel seit Mitte der 70er Jahre wieder auf ca. 34% (1998) ab. Dem steht eine starke Zunahme des tertiären Sektors im 20. Jahrhundert gegenüber, in dem 1998 mit ca. 36 Mio., 63% der Erwerbstätigen beschäftigt waren, gegenüber knapp 23% in 1882. Datenreport 1999, Seite 90. Zwischenzeitlich (2007) sind die Anteile des tertiären Sektors auf über 70 % gestiegen, während der Anteil des sekundären Sektors auf % und des primären Sektors auf unter 3 % gesunken sind. (Vgl. Datenreport 2008, Seite 84)

Abbildung 3: Folgen, Risiken und Chancen ökonomischer Veränderungen

| Veränderungen | Folgen | Risiken von: | für: | Chancen auf: | für: |
|---|--|--|---|--|---|
| <u>Produktivitätssteigerung</u> | | | | | |
| <i>Kostenminimierung</i> | Arbeitsplatzabbau im Produktions- und Dienstleistungssektor | Arbeitslosigkeit | | Arbeit | |
| <i>Rationalisierung</i> | Ansprüche an Qualifikation von Arbeitskräften steigend | Entlassung | gering- oder unqualifizierte beschäftigte Arbeitskräfte | Verbleib im Job | (hoch)-qualifizierte beschäftigte Arbeitskräfte |
| <i>Qualitätsmanagement</i> | Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften steigend | dauerhafte Arbeitslosigkeit | gering oder unqualifizierte arbeitsuchende Arbeitskräfte | Einstellung | (hoch)-qualifizierte arbeitsuchende Arbeitskräfte |
| <u>Flexibilisierung der Produktion</u> | | | | | |
| | steigende Ansprüche an: -räumliche Mobilität | Entlassung oder dauerhafte Arbeitslosigkeit | -räumlich immobile Arbeitskräfte | -Einstellung | -räumlich mobile Arbeitskräfte |
| <i>Produktionsprozesse</i> | -Einsatzvariabilität -Verantwortungsbewußtsein von Arbeitskräften | Entlassung oder dauerhafte Arbeitslosigkeit Entlassung oder dauerhafte Arbeitslosigkeit | -einseitig qualifizierte Arbeitskräfte -verantwortungsscheue Arbeitskräfte | -abwechslungsreiche Tätigkeit -verantwortungsvolle Tätigkeit | -vielseitig qualifizierte Arbeitskräfte -verantwortungsfreudiger Arbeitskräfte |
| <i>Arbeitsplätze</i> | stärkere Leistungsorientierung bei: -Bezahlung -Arbeitszeit -Arbeitsplatzsicherheit | -Einkommenseinbußen -unattraktive Arbeitszeiten -unsich. Besch.verhältnisse | gering oder unqualifizierte und unflexible Arbeitskräfte | -Einkommenszuwächse -gestaltbare Arbeitszeiten -Arbeitsplatzsicherheit | (hoch)-qualifizierte und flexible Arbeitskräfte |

| Internationale Arbeitsteilung | | | | | |
|---|--|---|--|---|--|
| <i>Produktionsverlagerung</i> | weniger politischer Einfluß auf nationaler und kommunaler Ebene | Verlusten an -Arbeitsplätzen und -Steuereinnahmen | nationale / europäische / globale Regionen mit hohen Kosten für Boden, Arbeit, Umwelt | Zuwachs an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen | nationale / europäische / globale Regionen mit niedrigen Kosten für Boden, Arbeit, Umwelt |
| <i>Zentralisierung bestimmter Unternehmensfunktionen</i> | verstärkter internationaler/ regionaler/ -kommunaler/ Wettbewerb um Standortentscheidungen | Deregulierungsdruck auf -Steuer-/Abgabenpolitik -Umwelt-/Sozialstandards -Arbeits-/Tarifrecht | staatliche und kommunale Stellen sowie Tarifpartner | Standortentscheidungen für forschungs- und entwicklungsintensive Produktion | Regionen mit entsprechender Infrastruktur für Forschung und Entwicklung |
| <i>Neue Märkte in „Brückenländern“</i> | | | | Attraktivitätssteigerungen für Steuerungs-, Management-, Entwicklungsfunktionen | Regionen mit entsprechender Dienstleistungsinfrastruktur |
| Tertiärisierung | | | | | |
| <i>steigender Bedarf und wachsender Markt für unternehmensbezogene Dienstleistungen</i> | Polarisierung: -der Regionen | Depression: -Arbeitsplatzverluste -Steuereinnahmeverluste -Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit u. Armut -Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte | in strukturschwachen Regionen mit hohem Anteil absterbender Industrie und geringem Anteil im Dienstleistungssektor | Prosperität/Strukturwandel: -Arbeitsplatzzuwächse -Steuereinnahmewachse -Weniger Ausgaben für Arbeitslosigkeit u. Armut -Entschuldung privater und öffentlicher Haushalte | Regionen mit starker Wirtschaftsstruktur und Standorten von forschungs- und entwicklungsintensiver Produktion sowie von Steuerungs-, Management- u. Entwicklungsfunktionen |
| <i>Rückgang altindustrieller Branchen Deindustrialisierung</i> | -des Arbeitsmarktes | Dauerarbeitslosigkeit -unsichere Arbeitsplätze -Einkommenseinbußen -hohe Arbeitslosigkeit bei Arbeitern -wenige Frauenarbeitsplätze | minderqualifizierte und einseitig qualifizierte Tätigkeiten | eher Kurzarbeitslosigkeit -sichere Arbeitsplätze -Einkommenszuwächse -geringe Arbeitslosigkeit bei Angestellten -mehr Frauenarbeitsplätze | höher qualifizierte und vielseitig qualifizierte Tätigkeiten |

2.3.1 Veränderungen des Arbeitsmarktes

Maßnahmen der Produktivitätssteigerung, wie Kostenminimierung und Rationalisierung, führen sowohl *im Produktions-* als auch *im Dienstleistungssektor zu Arbeitsplatzabbau*. Die ebenfalls der Produktivitätssteigerung dienenden Qualitätssicherungsmaßnahmen verursachen im Zusammenhang mit Rationalisierungsbestrebungen *steigende Ansprüche an die Qualifikation der Beschäftigten*, bzw. *steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften*. Für gering- oder unqualifizierte Beschäftigte ergibt sich daraus ein verstärktes Risiko von Entlassung. Gering- oder unqualifizierte arbeitsuchende Arbeitskräfte sind vom Risiko dauerhafter Arbeitslosigkeit betroffen. Demgegenüber ergeben sich Chancen auf Verbleib an der Arbeitsstelle oder Einstellung für (hoch-)qualifizierte Beschäftigte, bzw. arbeitsuchende Arbeitskräfte. Die Flexibilisierung von Produktion und Produktionsprozessen führt zu *steigenden Ansprüchen an räumliche Mobilität, Einsatzvariabilität und Verantwortungsbereitschaft der Arbeitskräfte*.

Diese Ansprüche bergen für immobile, einseitig qualifizierte und weniger verantwortungsbereite Arbeitskräfte das Risiko, von Entlassung oder Dauerarbeitslosigkeit betroffen zu werden. Räumlich mobilen, vielseitig qualifizierten und verantwortungsbereiten Arbeitskräften ergeben sich hingegen Chancen auf dauerhafte Anstellung, abwechslungsreiche Tätigkeiten und die Übertragung verantwortungsvoller Aufgaben. Die Flexibilisierung von Produktionsprozessen und Arbeitsplätzen führt zu *stärkerer Leistungsorientierung mit Auswirkungen auf Bezahlung, Arbeitszeit und Arbeitsplatzsicherheit*. Für minder qualifizierte und unflexible Arbeitskräfte entstehen Risiken von Einkommensverlusten, unattraktiven weil wenig gestaltbaren Arbeitszeiten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Höher qualifizierten und flexiblen Arbeitskräften eröffnen sich wiederum Chancen auf Einkommenszuwächse, attraktive weil gestaltbare Arbeitszeiten und sichere Beschäftigungsverhältnisse.

2.3.2 Veränderungen in der Standortpolitik

Produktionsverlagerungen und Zentralisierungen bestimmter Unternehmensfunktionen *verringern die politischen Einflussmöglichkeiten* auf nationaler und kommunaler Ebene und erhöhen das Risiko von Arbeitsplatz- und Steuereinnahmeverlusten in nationalen, europäischen und globalen Regionen mit hohen Kosten für Boden, Arbeit und Umwelt. Gleichzeitig ergeben sich in Regionen mit niedrigen Kosten für Boden, Arbeit und Umwelt, Chancen auf Arbeitsplatz- und Steuereinnahmewachse. Zentralisierungen bestimmter Unternehmensfunktionen und neue Märkte in „Brückenländern“ *verstärken den internationalen, interregionalen und interkommunalen Wettbewerb um Standortentscheidungen*. Dieser Wettbewerb bringt das Risiko von Deregulierungsdruck auf Steuer-/Abgabenpolitik, Umwelt-/Sozialstandards und Arbeits-/Tarifrecht für staatliche und kommunale Stellen sowie die Tarifpartner mit sich. Für Regionen mit entsprechender Infrastruktur für Forschung und Entwicklung, ergeben sich jedoch Chancen auf Standortentscheidungen für forschungs- und entwicklungsintensive Unternehmensteile. In Regionen mit entsprechender Dienstleistungsinfrastruktur eröffnen sich Chancen auf Attraktivitätssteigerungen für die Ansiedlung von Steuerungs-, Management- und Entwicklungsfunktionen von Unternehmen.

2.3.3 Polarisierungen von Regionen und Arbeitsmarkt

Insgesamt führt die Tertiarisierung mit ihrem steigenden Bedarf und wachsenden Markt an unternehmensbezogenen Dienstleistungen und der „Deindustrialisierung“ (Ipsen 1987) der bisherigen Industriestaaten zu *Polarisierungen zwischen verschiedenen Regionen* sowie zur Polarisierung des Arbeitsmarktes. Strukturschwache Regionen mit hohem Anteil absterbender Industrie und geringem Dienstleistungsanteil haben angesichts von Arbeitsplatzverlusten,

Steuereinkünfte, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut sowie der Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte, ein hohes Risiko an wirtschaftlicher Depression und sozialen Problemen. Regionen mit starker Wirtschaftsstruktur und Standorten forschungs- und entwicklungsintensiver Produktion sowie von Steuerungs-, Management- und Entwicklungsfunktionen haben hingegen Chancen auf wirtschaftliche Prosperität oder entsprechenden Strukturwandel mit Arbeitsplatz- und Steuerzuwachs, Minderausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut sowie auf Entschuldung privater und öffentlicher Haushalte. (Gatzweiler/Strubelt 1988) Die *Polarisierung des Arbeitsmarktes* zeigt sich in Dauerarbeitslosigkeit, höherer Arbeitslosigkeit von Arbeitern, unsicheren Arbeitsplätzen minder und einseitig qualifizierter Tätigkeiten, weniger Frauenarbeitsplätzen und Einkommenseinbußen auf der einen Seite sowie eher Kurzarbeitslosigkeit, geringerer Arbeitslosigkeit von Angestellten, sicheren Arbeitsplätzen hoch und vielseitig qualifizierter Tätigkeiten, mehr Frauenarbeitsplätzen und Einkommenszuwächsen auf der anderen Seite.

2.4 Folgen der Veränderungen für die Städte

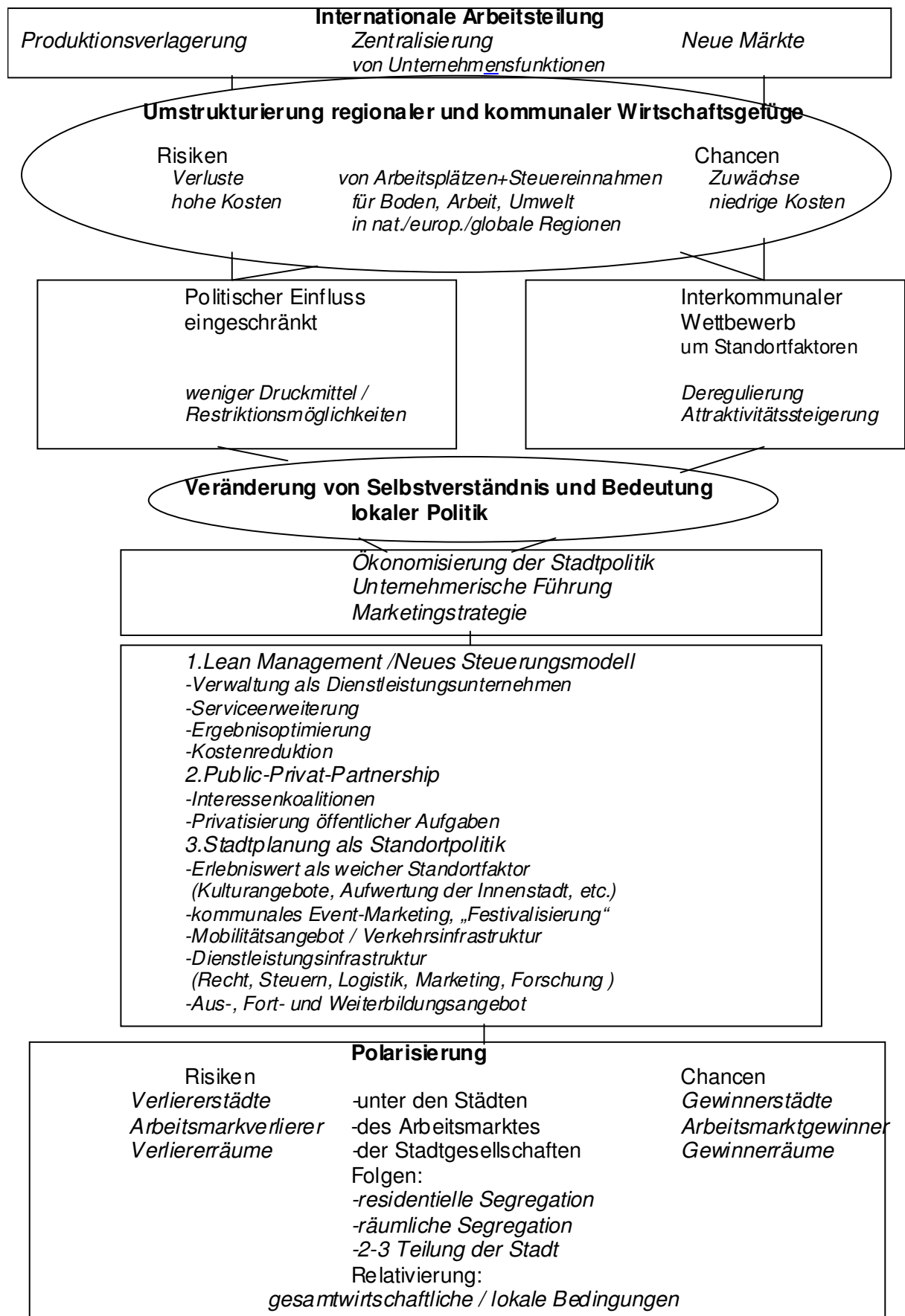
Die oben beschriebenen Aspekte der durch Produktivitätssteigerung und Flexibilisierung von Produktionsprozessen entstandenen internationalen Arbeitsteilung wirken sich räumlich durchaus unterschiedlich aus. *Produktionsverlagerungen* sollten dabei differenziert betrachtet werden. (vgl. Appold/Kasarda 1988) Verlagerungen von Betrieben in die Umlandgemeinden von Städten verringern zwar die (Gewerbe-)Steuereinnahmen, erhöhen aber nicht unbedingt die Arbeitslosenzahlen der Stadt, sondern u.U. das Verkehrsaufkommen, durch mehr Pendlerfahrten zwischen Wohnung und neuem Arbeitsort. Verlagerungen von Produktions- oder anderen Betriebsteilen sind auch abhängig von der Unternehmensgröße und dem geografischen Aktionsradius des Unternehmens.

Unternehmen mit regionalem oder nationalem Aktionsradius und eben solchen Verflechtungen werden ihre Standorte eher im regionalen oder nationalen Rahmen suchen oder verändern. Bei europaweit tätigen Unternehmen kommen Verlagerungen von Betriebsteilen in europäische Randgebiete wie z.B. Portugal, Polen, Ungarn oder Tschechien eher in Frage. Für international tätige Unternehmen mit einer gewissen Größe und internationalen Märkten für ihre Produkte macht es bei entsprechender Logistikkapazität eventuell Sinn, Betriebsteile in andere Weltregionen zu verlagern. Dennoch führen die veränderten Möglichkeiten für *Produktionsverlagerungen*, *Zentralisierungen von Unternehmensfunktionen* und *neue Produkte und Märkte* zu Umstrukturierungen regionaler und kommunaler Wirtschaftsgefüge. (Schäfers/Wewer 1996)

2.4.1 Umstrukturierungen regionaler und kommunaler Wirtschaftsgefüge

Diese Umstrukturierungen bergen wie in Abb.4 dargestellt, **Risiken von Arbeitsplatz- und Steuereinnahmeverlusten**, vorwiegend in Städten mit einseitiger Wirtschaftsstruktur, hohem Anteil an absterbender Industrie und geringem Dienstleistungsanteil. Städten mit vielseitiger Wirtschaftsstruktur, Standorten von forschungs- und entwicklungsintensiver Produktion, Steuerungs-, Managementfunktionen und hohem Dienstleistungsanteil, bieten die ökonomischen Umstrukturierungen hingegen **Chancen auf Zuwachs an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen**. Während zunehmende Verlagerungs- und Zentralisierungsoptionen von Unternehmen sowie Wachstumschancen neuer Märkte in anderen (Welt-)Regionen die politischen Einflussmöglichkeiten von Städten einschränken, erhöhen sie gleichzeitig den interkommunalen Wettbewerb um Standortentscheidungen. Mit der **Einschränkung des politischen Einflusses** verlieren Städte an *Regulierungs- und Restriktionsmöglichkeiten* gegenüber Unternehmen. Unter **Wettbewerbsbedingungen** entsteht *Deregulierungsdruck* und die Notwendigkeit zur *Attraktivitätssteigerung* der Stadt als Unternehmensstandort. Beides trägt zu **Veränderungen im Selbstverständnis und in der Bedeutung lokaler Politik** bei.

Abbildung 4: Folgen ökonomischer Veränderungen für die Städte



2.4.2 Veränderungen im Selbstverständnis und in der Bedeutung lokaler Politik

Städte interessieren sich zunehmend für *Marketingstrategien* und streben eine *unternehmerische Führung* der Stadtverwaltung an. (Dangschat 1996) Krämer-Badoni spricht in diesem Zusammenhang von der *Ökonomisierung der Stadt*. (1987) Mit „*Lean Management*“ und „*neuen Steuerungsmodellen*“ sollen Stadtverwaltungen in moderne Dienstleistungsunternehmen mit Zielvorgaben, erweitertem Service, optimierten Ergebnissen und reduzierten Kosten verwandelt werden. (Sohn 1993; Reichard 1994) Durch Partnerschaften mit privaten Unternehmen („*Public-Privat-Partnership*“) versuchen Städte trotz knapper werdender Finanzmittel die Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Ob als Investoren von Parkhäusern und Kultureinrichtungen oder als Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs, der Energie- und Wasserversorgung, übernehmen private Unternehmen bisher öffentliche Aufgaben. Am deutlichsten lassen sich die Veränderungen im Selbstverständnis lokaler Politik, hin zu unternehmerischen Strategien und Marketingorientierung in der *Standortpolitik der Stadtplanung* beobachten. Sei es das Ziel Investitionsanreize zu bieten, Firmen und deren MitarbeiterInnen am Standort zu halten oder neue Firmen, Arbeitskräfte oder Besucher anzulocken, zur Attraktivitätssteigerung werden besonders die weichen Standortfaktoren herausgestellt und berücksichtigt.

Es gilt den Erlebniswert der Stadt und insbesondere der Innenstadt für die erwünschten Zielgruppen zu erhöhen. (Dangschat 1996) Dazu zählen Ausbau des Kulturangebotes, Aufwertung der Innenstädte durch Einrichtung möblierter Fußgängerzonen, Verlagerung von Veranstaltungen auf Straßen und Plätze, verlängerte Öffnungszeiten von innerstädtischem Einzelhandel und städtischen Ämtern, Errichtung von Einkaufszentren mit überdachten Einkaufsstrassen und Passagen sowie dem Angebot gehobenen innerstädtischen Wohnens. Der öffentliche Stadtraum wird zunehmend als Ort für Event-Marketing von Veranstaltungen überregionaler Bedeutung genutzt, um Image und Bekanntheit des Standortes zu verbessern. (Dangschat 1996)

Weil sich hierfür insbesondere kulturelle und sportliche Großveranstaltungen eignen, sprechen Häußermann/Siebel auch von der „*Festivalisierung der Stadtpolitik*“. (1993) „*Festivalisierung*“ kann jedoch auch der Identitätsbildung und Zusammenführung der ansonsten eher separierten unterschiedlichen städtischen Bevölkerungsgruppen dienen, wie Eva Maria Eckel meint. (1996) Andere Standortfaktoren haben aber nach wie vor ihre Bedeutung. (Appold/Kasarda 1988) Mobilitätsbedürfnisse von Unternehmen und Menschen erfordern eine entsprechend gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für den individuellen und öffentlichen Verkehr. Eine gute Mischung an Dienstleistern in den Bereichen Logistik, Recht, Steuern, Marketing, Forschung und Kommunikation befriedigen den Bedarf an unternehmensbezogenen Dienstleistungen und erleichtern innovativen Firmen und Existenzgründern die Arbeit. Vor Ort vorhandene Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten sorgen für entsprechendes Potential an qualifizierten Arbeitskräften.

2.4.3 Polarisierung durch Tertiarisierung

Aufgrund steigenden Bedarfes und wachsenden Marktes für unternehmensbezogene Dienstleistungen, bei gleichzeitigem Rückgang altindustrieller Branchen sehen Esser und Hirsch Standortvorteile für tertiarisierte Städte mit einer Kombination spezieller Industrie-, Dienstleistungs-, Transport- und Forschungskapazitäten sowie guter Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. (Esser/Hirsch 1987) Standortnachteile ergeben sich für Städte mit traditioneller Industrieansiedelung, hohen Altlasten und ungünstigem Arbeitsmarkt, einseitig oder wenig qualifizierter Arbeitskräfte. In der stadtsoziologischen Literatur wird von der **Polarisierung unter den Städten** bzw. Regionen gesprochen, wobei die „*Verliererstädte*“ aufgrund ihrer Position im ökonomischen Strukturwandel, mehr von den Risiken der Tertiarisierung betroffen sind, während die „*Gewinnerstädte*“ stärker von deren Chancen

profitieren können.(Häußermann/Siebel 1987)

Städte mit hohen Altlasten, ungünstiger Wirtschaftsstruktur, hohem Anteil absterbender Industriezweige und geringem Dienstleistungsanteil gehören zu den „Verliererstädten“, weil sie mit hohen Arbeitsplatzverlusten, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut bei gleichzeitigen Einnahmeverlusten durch Steuereinbußen haben. Städte mit wenigen Altlasten, einer natürlichen Umgebung mit hohem Freizeitwert und günstiger Wirtschaftsstruktur, mit geringem Anteil altindustrieller Produktion und hohem Dienstleistungsanteil gehören eher zu den „Gewinnerstädten“. Sie profitieren mit ihrer ansiedlungsfreundlichen Dienstleistungsinfrastruktur von der Attraktivität als Standort für Wachstumsbranchen und haben somit mehr Chancen auf Steuereinnahme-, Arbeitsplatzzuwächse, geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut und damit auf Entschuldung des städtischen Haushaltes. (vgl. Abb. 3+4)

Innerhalb der Städte kommt es durch die ökonomischen Umstrukturierungen im Zuge der Tertiarisierung zu einer **Polarisierung des Arbeitsmarktes**. Auf der einen Seite stehen die gering- oder unqualifizierten Arbeitskräfte sowohl aus dem Produktions- als auch aus dem Dienstleistungssektor mit erhöhtem Risiko von Entlassung, Arbeitslosigkeit und Lohneinbußen. Dazu gesellen sich Arbeitskräfte, insbesondere Arbeiter mit einseitigen Qualifikationen für den Produktionssektor, die nicht flexibel einsetzbar und beispielsweise wegen fehlender finanzieller Ressourcen räumlich immobil sind. Diese Arbeitskräfte haben auch im wachsenden Dienstleistungssektor wenig Chancen auf Arbeitsstellen. Auf der anderen Seite stehen hoch- oder vielseitig qualifizierte Arbeitskräfte, die bei räumlicher Mobilität und entsprechender Verantwortungsbereitschaft, flexibel einsetzbar sind und deshalb gute Arbeitsmarktchancen, Aussicht auf Einkommenszuwachs und Arbeitssicherheit bei hoher Arbeitszeitautonomie haben.

Aus der Polarisierung des Arbeitsmarktes und der Attraktivitätssteigerung der Innenstädte kann sich laut Dangschat eine **Polarisierung der Stadtgesellschaften** entwickeln.(Dangschat 1996) Einkommensschwache Haushalte und Haushalte die sich vorwiegend aus Transferleistungen finanzieren, bleiben wegen ihrer ökonomisch bedingten Immobilität in der Stadt, zumal hier auch die aufzusuchenden Behörden vorhanden sind. Einkommensstarke Haushalte ohne Kinder, junge Professionelle und zahlungskräftige Senioren suchen hochwertigen Wohnraum in urbaner Umgebung und ziehen in wiederbelebte Innenstadtviertel oder citynahe, aufgewertete frühere Industrie- oder Gewerbebrachen(„Gentrification“). (Krämer-Badoni 1987; Dangschat 1988; Friedrichs 1998)

Mittlere Einkommenschichten mit Kindern, denen innenstadtnaher Wohnraum zu teuer und die Problembelastung der Nachbarschaften in den Wohnsiedlungen am Stadtrand zu groß wird oder die Eigentum bilden wollen, ziehen in das städtische Umland. So kann es bei verschärfter Entwicklung der genannten Konzentration von Bevölkerungsgruppen („Segregation“, vgl.Kap.3) zur sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft kommen.(Häußermann/Siebel 1988) Aus der „residentiellen Segregation“ durch Abwanderung von Familien mit Kindern mittleren und höheren Einkommens aus der Stadt kann eine räumliche Konzentration von Reichtum und Armut entstehen, eine Polarisierung des Stadtraumes in „Siegerräume“ und „Verliererräume“. (Dangschat 1996)

Eine Politik der Attraktivitätssteigerung und „Festivalisierung“, die auf Kultur- und Erlebnisbedürfnisse gebildeter und einkommensstarker Schichten zielt, schafft die entsprechenden Einrichtungen und bindet städtische Finanzen. Die zunehmende Privatisierung öffentlichen Raumes, beispielsweise durch den Bau von Passagen, Ausweitung von Straßencafés und Parkraumbewirtschaftung, schränkt die Nutzungsvielfalt ein und schließt damit bestimmte NutzerInnen aus.(Feldtkeller 1994) Mit der Ästhetisierung der Innenstadt für gehobene Ansprüche einkommensstarker Bewohner und Gäste wird über die Gestaltung der Räume indirekt eine Nutzungseinschränkung vorgenommen, weil bestimmte Nutzungen unpassend erscheinen und sich so quasi selbst ausschließen. Die Definitionsmacht

über Raum wird somit zunehmend bedeutsam.(Dangschat 1996)

Direkte Ausgrenzung und Marginalisierung einkommensschwacher Bewohner geschieht mit den Möglichkeiten des Polizeigesetzes (z.B. Bettelverbot) und der Vertreibung von Drogenszene, Straßenprostitution und Obdachlosen aus den Innenstädten durch verstärkte Polizeipräsenz, Kontrollen und neuerdings auch der aus DDR-Zeiten bekannten Videoüberwachung öffentlicher Räume.(Hecker 1997) „Siegerräume“ sind demnach die aufgewerteten Innenstädte, Kulturpaläste, Shopping-Malls und die luxussanierten Altbauten der Gründerzeitviertel mit ihren attraktiven und teuren Appartements und Penthousewohnungen.(Krämer-Badoni 1987) „Verliererräume“ entstehen hingegen dort wo Stadtgebiete von der Stadtentwicklungsplanung vernachlässigt werden, wo sich private Investoren mangels Kaufkraft, Nutzungsvielfalt und gutem Image zurückziehen und wo kommunale Belegungspolitik und Armutszuwanderung zu räumlicher Konzentration von Armut und sozialen Problemen führt.(Gatzweiler/Strubelt 1988) Solche „Verliererräume“ sind typischerweise in ehemaligen Arbeiterwohngebieten der Jahrhundertwende mit schlechter Bausubstanz, in ungünstigen Lagen mit schlechter Verkehrsinfrastruktur und einseitiger Sozialstruktur zu finden.(Dangschat 1996)

Die politische Zielproblematik sieht Dangschat für die Städte darin, trotz Attraktivitätssteigerung durch Gestaltung und Aufwertung der Innenstädte, die Stadtrandgebiete nicht zu vernachlässigen, weil damit wiederum Folgekosten, Sicherheitsprobleme und Imageschäden produziert würden. Esser und Hirsch sehen angesichts verstärkten interkommunalen Wettbewerbes eine Zwei- bis Dreiteilung der Städte.(1987) Einen international wettbewerbsfähigen Teil der Stadt für Geschäftsleute, Kongress- und Messebesucher, der nicht in jeder Stadt vorhanden sein könne. Den „normalen“ Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadtteil für die mittleren Lagen, der die Funktion eines regionalen Oberzentrums übernimmt. Der dritte Teil sei die marginalisierte Stadtregion der sogenannten A-Gruppen (Arbeitslose, Arme, Ausländer) die mancherorts zum Teil bereits abgeschottet von den anderen Teilen sei und überwacht würde.

„Die Tatsache, dass die sozialräumliche Gestalt der Städte immer das Ergebnis politisch-sozialer Kräfteverhältnisse, Konflikte und Kompromisse unter ökonomisch-strukturellen, aber historisch und im Kontext gesellschaftlicher Kämpfe sich verändernden Bedingungen ist, gilt heute mehr denn je.“ (Esser/Hirsch 1987, S. 56)

Auf konstitutive Wirkungszusammenhänge der Ökonomie einer Stadt verweist Dieter Läßle mit seinem Konzept städtischer Teilökonomien und empfiehlt einen „bottom up-Ansatz“ unter Einbezug spezifisch städtischer Entwicklungsbedingungen - wie historisch gewachsener Produktions- und Wertschöpfungsstrukturen - und räumlicher Verflechtungszusammenhänge. (1998) Städtische ökonomische Cluster könnten als Schnittmenge zwischen gesamtwirtschaftlich oder global orientierten Branchen und dem städtischen ökonomischen Milieu angesehen werden.(Läßle 1998) Entgegen der Ausrichtung von Stadtpolitik auf internationalen Wettbewerb sieht Wendelin Strubelt durch die Ausdifferenzierung ökonomischer Wachstumsmöglichkeiten durchaus Chancen für strukturell unterschiedliche Entwicklungspfade von Städten. Mit der Kommunikationstechnologie würde die Subzentrenbildung in Städten gefördert und die dezentrale Konzentration der Nutzungsfunktionen ermöglicht. Wohnen, Arbeiten und Erholen könnten räumlich zusammenrücken.(Strubelt 1998)

Neben der unterschiedlichen Betroffenheit der Städte vom ökonomischen Strukturwandel halten Häußermann und Siebel noch andere Faktoren für bedeutsam für das unterschiedliche Ausmaß von sozialen Konflikten in den Städten.(1987) Bei großer räumlicher Trennung und breiter Streuung der Nutzungsfunktionen Arbeiten und Wohnen, insbesondere bei großer Zahl von Pendlern aus dem Umland, verteile sich Arbeitslosigkeit auf verschiedene Gebiete einer Stadt bzw. Region und träte nicht räumlich stark konzentriert oder geballt auf.

In Haushalten mit mehreren berufstätigen Personen, müsse bei Arbeitslosigkeit eines

Mitglieders nicht gleich die Wohnung aufgegeben werden und in eine andere Wohngegend mit günstigerer Miete oder Sozialwohnraum umgezogen werden. Ländliche Umgebungen von Städten ermöglichten bei hoher Pendlerzahl, die Verknüpfung materieller und sozialer Ressourcen informeller Arbeit im ländlichen Raum mit formeller Lohnarbeit in der Stadt. Bei Wegfall des lohnabhängigen Einkommens könne mit Nachbarschaftshilfe, Nebenerwerbslandwirtschaft und Eigenarbeit sozialer Abstieg und Armut verzögert werden. (Häußermann/Siebel 1987)

2.5 Aktuelle Finanzkrise

Im Laufe des Jahres 2008 zeichnete sich im Zuge der Immobilienkrise insbesondere in den USA eine weltweite Finanzkrise ab, die nach momentanem Stand der Dinge Probleme des Kapitalmarktes offenbart, die durch Misstrauen der Kreditinstitute untereinander geprägt ist, mit der Folge schwieriger werdender Kreditvergaben unter Banken und zwischen Banken und Unternehmen. In wiefern diese, hier sicher nur verkürzt wiedergegebene, aktuelle Finanzkrise sich auf die Situation von Nationalstaaten, Regionen und Kommunen auswirken wird, vermag derzeit wohl kaum jemand seriös zu beurteilen, geschweige denn zu prognostizieren. (Soros 2008)

Unabhängig davon, ob die bislang offensichtlich fehlende wirksame Regulation des globalen Finanzmarktes auf den Weg gebracht werden kann oder nicht, scheint sich die oben beschriebene Tetiarisierungsentwicklung fortzusetzen. Damit dürften sich deren Auswirkungen in Bezug auf Risiken und Chancen nicht grundsätzlich umkehren sondern eher zu verschärfen. Die bislang von Armut besonders bedrohte bzw. betroffene Bevölkerung wird in eine verschärfte Konkurrenzsituation auf den Arbeitsmärkten geraten. Erste Anzeichen hierfür sind möglicherweise die erhöhten KurzarbeiterInnenzahlen sowie die Probleme von Leih-/Zeitarbeitsfirmen, ihr un-/unterqualifiziertes Personal in Arbeitsstellen vermitteln zu können. Hier zeigt sich, dass der Jedermannsarbetsmarkt in Krisenzeiten am stärksten belastet ist. (<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>)

3. Erkenntnisse und Perspektiven gesellschaftlichen Wandels

Ausgehend von der Überlegung, dass sich das Leben der Menschen in einem Stadtteil im Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Einflussfaktoren ereignet, wurden in diesem Aufsatz unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungsprozesse und deren lokale Erscheinungsformen dargestellt. Auswirkungen räumlich-baulicher, technologischer, ökonomischer und politischer sowie demografischer und soziokultureller Veränderungen auf die Stadtentwicklung sind dabei zu berücksichtigen.

Im Rückgriff auf die historische Stadtentwicklung in Europa und stadtsoziologische Forschungen wurde verdeutlicht, wie sich städtische Lebensweise zur dominanten Lebensart moderner Gesellschaften entwickelte.

Aufenthalts- und Teilhaberechte sowie Beteiligungschancen am wirtschaftlichen Leben in Form von Einkommen durch Arbeit oder Transferleistungen (wie Krankengeld, Rente, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, etc.) können als politische und ökonomische Voraussetzungen für Beziehungen und Interaktionen zivilisierten Zusammenlebens in modernen Gesellschaften bezeichnet werden. Als moderne Gesellschaften sind demnach Gegenwartsgesellschaften zu bezeichnen, *„die politisch konkurrenzdemokratisch und ökonomisch marktwirtschaftlich organisiert sind und denen es gelungen ist, gesellschaftlichen Massenkonsum und Wohlfahrtsstaatlichkeit zu etablieren.“* (Ettrich 2002, S.3) Institutionen wie demokratische Partizipationsrechte, allgemeine Schulpflicht, politisch organisierte Arbeitnehmerschaft, sozialstaatliche Absicherung von Risiken des Lebens wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter sowie die Professionalisierung von Polizei und Justizwesen, die ihren Ausgang in den Städten nahmen, sorgten für Interessens- und Konfliktausgleich sowie für die Sicherstellung der Voraussetzungen urbaner Lebensart für die breite Bevölkerung.

Auf Veränderungen der Lebensbedingungen reagieren Mitglieder moderner Gesellschaften offensichtlich mit Veränderungen ihrer Lebensorganisation. Allgemeine Wohlstandsentwicklung und Bildungsexpansion der Nachkriegsjahrzehnte führten in Verbindung mit der beschriebenen Tertiarisierungsentwicklung zur weiteren Ausdifferenzierung und Pluralisierung von Lebensformen und -stilen. Veränderte Erwerbschancen und Anforderungen für Erwerbstätige, zu denen immer mehr Frauen zählen, führten zur individuellen Anpassung der Lebensgestaltung an äußere Bedingungen und eigene Bedürfnisse. Prinzipien rationaler methodischer Lebensführung gewannen angesichts von Unsicherheiten in Erwerbsverlauf und Lebensperspektive einerseits sowie erweiterten Chancen und Möglichkeiten beruflicher und privater Art andererseits an Bedeutung. Daraus folgende Prioritätensetzungen zu Gunsten kurzfristiger und zu Ungunsten langfristiger biografischer Festlegungen zeigen sich an geringerer und späterer Heiratsneigung, höherem Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften, höheren Scheidungsziffern, niedrigeren Geburtenraten, größerer Anzahl von Haushalten bei geringerer Größe und Kinderzahl pro Haushalt sowie höherer residentieller und zirkulärer Mobilität. (Becker 2008)

Prinzipiell haben diese Veränderungen zu stärkerer individueller Lebensführung, rational zweckbestimmten Beziehungen und größerer Vielfalt privaten und beruflichen Lebens innerhalb der Bevölkerung geführt. Genau dies sind die sozialen Merkmale zivilisierten urbanen Lebens.

Selbstverwirklichung, Wahlmöglichkeiten von Optionen beruflicher und privater Lebensgestaltung bedürfen jedoch der Teilhabe an allgemeinem Wohlstand und Bildung. Chancen und Risiken der Tertiarisierung sind allerdings nicht über alle Regionen und Bevölkerungsteile gleich verteilt. Menschen in strukturschwachen Regionen, mit geringen Bildungschancen und niedriger Mobilität sind eher von den Risiken wie Arbeitslosigkeit und Armut betroffen, während Bewohner von Wachstumsregionen, räumlich mobile Menschen höherer Bildung und beruflicher Qualifikationen eher von den Chancen profitieren. So lassen sich seit den 90er Jahren in Deutschland durchaus Tendenzen zunehmender Einkommensungleichheit, Vermögensunterschiede und ansteigender relativer Armut feststellen. Auf Grund ihrer sozialen Herkunft bildungsfernere Bevölkerungsteile, wie Einwanderer mit geringen Sprachkenntnissen aber auch Menschen aus einkommensschwachen bis armen Haushalten mit Kindern, haben besonders schlechte Bildungs- und Erwerbschancen, geringste Einkommen sowie schlechteste Arbeits- und Wohnbedingungen. Lebensformen mit Kindern erschweren insbesondere dann die Teilhabe an Erwerbsleben und Wohlstand, wenn unzureichende Betreuungsmöglichkeiten oder Mobilitätsbarrieren die zeitliche Flexibilität und räumliche Mobilität einschränken. Alter alleine scheint heute kein Grund mehr für geringere Teilhabe an allgemeinem Wohlstand zu sein, demgegenüber entscheidet räumliche Mobilität auch bei alten Menschen stärker über Chancen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. (Hradil 1999)

Wenn die Partizipationschancen an Wohlstand und Bildung für (zunehmende) Teile der Bevölkerung eingeschränkt werden, reduzieren sich deren Möglichkeiten individueller Lebensführung. Konzentrieren sich solchermaßen benachteiligte Menschen auf Grund regionaler Wirtschaftsstruktur, kommunaler Wohnungsbelegungspolitik oder residentieller Segregation in Städten oder Stadtteilen, reduzieren sich auch Vielfalt von Bevölkerung und Lebensstilen auf engem Raum. Werden soziale Chancenunterschiede für benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Stadtraum subjektiv erlebbar und konkurrieren diese untereinander um knappe Güter wie bspw. Arbeitsplätze, Wohnungen oder öffentliche Räume (Parks, Vergnügungstätten, Jugendräume, etc.), sinkt deren Bereitschaft zu distanzierten und sachlichen Beziehungen.

Räumliche Bedingungen wie Baustruktur und Nutzungsmischung tragen in dem Maße zu Attraktivität und Zivilisiertheit des Zusammenlebens bei, wie sie in der Lage sind Vielfalt an Bevölkerung, Nutzungen und Aktivitäten zu verschiedenen Zeiten im Stadtraum herzustellen.

Solche Vielfalt kann durch Nutzungsbeschränkungen öffentlichen Raumes durch rechtliche (z.B. Bettelverbot auf Bahnhöfen oder in Fußgängerzonen), ökonomische (Ausweitung von Bestuhlung oder Errichtung privater Passagen im bisherigen Straßenraum) oder bauliche (umfangreiche Modernisierung oder flächendeckende Sanierung mit geringer Nutzungsmischung) Maßnahmen sowie durch Vermischung öffentlicher und privater Räume verringert sein. Auch starke Zurückhaltung privater und öffentlicher Investitionen in bestimmten Stadtteilen, kann die Vielfalt an Bevölkerung, Nutzungsformen und Aktivitäten einschränken.

Die ökonomische, politische und soziale Organisation der Verteilung gesellschaftlicher Güter beeinflusst die Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben.(vgl. Hradil 1999) Wo ökonomische und/oder politische Teilhabe eingeschränkt sind und räumliche Mobilitätsbarrieren hinzukommen, haben (lokale) soziale Interventionen kaum Erfolgchancen in Bezug auf emanzipatorische Ziele.

Für diesen Aufsatz wurde von einem an den Arbeiten Georg Simmels orientierten Verständnis urbaner Lebensart ausgegangen, deren soziale Merkmale mit individueller Lebensführung, Vielfalt von Lebensstilen auf engem Raum, distanzierter zweckbestimmten Beziehungen der Menschen untereinander und der Trennung von Privatbereich und Öffentlichkeit beschrieben wurden. Damit in diesem Sinne verstandene urbane Lebensart im Ergebnis zu zivilisierter Lebensweise führen kann, die durch Toleranz, Integration und Koexistenz unterschiedlicher und fremder Menschen gekennzeichnet ist, bedarf es der genannten physischen, demografischen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen.

Politische Aufenthalts- und Teilhaberechte werden i.d.R. auf gesamtgesellschaftlicher nationaler Ebene entschieden. Beteiligungschancen am wirtschaftlichen Leben sind abhängig von regionalen, internationalen oder gar globalen Märkten sowie nationalen Sozialsystemen. Auf kommunaler Ebene gestaltbar sind vorwiegend räumlich-bauliche Voraussetzungen urbaner Lebensart mittels stadtplanerischer Instrumente sowie die kommunale „soziale Infrastruktur“.(Becker, 2008)

Abstammungsorientiertes Staatsbürgerrecht und restriktive Zuwanderungsregelungen sorgen für Unterschiede in der Bevölkerung bezüglich politischer Aufenthalts- und Teilhaberechte, schaffen damit ungleiche Partizipationschancen und erschweren die „soziale Integration“. Wirtschaftsliberale Politik oder Gesellschaftsorganisation, die auf starke Marktkräfte und schwachen Staat baut, hat ihre Schwächen in der Sicherung der allgemeinen Beteiligung am ökonomischen Leben und Wohlstand und führt tendenziell zur Polarisierung von privilegierten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Soziale, ökonomische oder politische Benachteiligungen bewirken empirisch bei den davon Betroffenen nicht die Mobilisierung bürgerschaftlichen oder politischen Engagements sondern eher Passivität und Wünsche nach starkem Staat autoritärer oder fundamentalistischer Prägung. (Braun, 2001a/b)

4. Herausforderungen für Sozialberatung aus sozialraumorientierter Perspektive

Im Folgenden sollen einige thesenartig formulierte Gedanken auf Aspekte hinweisen und Fragen aufwerfen, die zum Einen Ideen sozialraumorientierter Armutsbewältigung und zum anderen auch ein verstärktes Nachdenken über Sozialberatung zur Armutsbewältigung anregen sollen:

- Sozialraumorientierung richtet ihren Focus nicht auf das Individuum bzw. Kleingruppen, sondern auf die Ebene des Gemeinwesens. Infolge dessen ist Sozialberatung nur als ein einzelner Bestandteil der Interventionsformen, bei möglichst großer Methodenvielfalt, sozialraumorientierter Sozialer Arbeit vorstellbar.
- Sozialberatung zur Armutsbewältigung kann durch die spezifische Hilfeform der Einzelberatung für von Armut bedrohte bzw. betroffene Menschen in einem überschaubaren räumlichen und sozialen Umfeld zu Stigmatisierungseffekten führen,

mit möglicherweise für die Betroffenen unerwünschten und unangenehmen Folgen.

- Vernetzung unter der Bevölkerung sowie unter Institutionen und Organisationen gehört zu den konstitutiven Merkmalen und auch Instrumenten sozialraumorientierter Sozialer Arbeit. In Verbindung mit Sozialberatung zur Armutsbewältigung können bei personellen Verflechtungen von Professionellen neben den üblichen und bekannten Rollenkonflikten auch datenschutzrechtliche Probleme in Bezug auf die Persönlichkeitsrechte von Ratsuchenden Menschen entstehen, die im Sinne einer nachhaltigen Hilfestellung sehr ernst zu nehmen sind.
- Armutsbewältigung durch Soziale Arbeit in nahräumlichen Kontexten, muss die jeweiligen lokalen baulichen, ökonomischen und politischen Strukturen und Prozesse berücksichtigen, um adäquate Konzepte, Methoden und Techniken zu entwickeln. Diese können je nach Bundesland, Region, Stadt oder Gemeinde sehr unterschiedlich ausfallen. Dementsprechend müssen Interventionen Sozialer Arbeit auf die entsprechenden Verhältnisse angepasst werden und dürften nicht ohne weiteres verallgemeinerbar oder übertragbar sein.
- Sozialberatung zur Armutsbewältigung versucht das soziale/gesellschaftliche Problem durch Formen der Betroffenenberatung zu bearbeiten. Sie läuft dabei Gefahr, gesellschaftliche Probleme zu individualisieren und setzt gewissermaßen an einem Symptom (geringes Einkommen, Schulden, etc.) an. Wenn man davon ausgehen kann, dass z.B. (Massen-)Arbeitslosigkeit nur zu geringen Teilen individuelle Ursachen hat, muss Sozialberatung um Interventionen ergänzt werden, die sich den Rahmenbedingungen der Problematik zuwenden. Aus sozialräumlicher Perspektive bedeutet dies zum Beispiel, außer Armutsbewältigung auch Qualifizierungsberatung und -Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zur Schaffung von Verdienstmöglichkeiten in das Repertoire von Interventionen Sozialer Arbeit einzubeziehen.
- Sozialraumorientierung stellt als Quartiersmanagement eine Querschnittsaufgabe kommunaler Politik dar, die die soziale, ökonomische, bauliche und politische Entwicklung von Städten und deren Quartieren in den Blick nimmt und durchaus auch Standortpolitik betreiben kann. Auf dieser Mesoebene kann Soziale Arbeit Armutsbewältigung ganzheitlicher betreiben und sowohl Rahmenbedingungen als auch individuelle Hilfen gestalten. Sozialberatung wäre aus dieser Perspektive eine ergänzende Interventionsform, deren Angebotsqualität es durch soziales Stadt- und Quartiersmanagement sicher zu stellen gilt.
- Nicht nur in Krisenzeiten und nicht nur in strukturschwachen Regionen und Stadtteilen, stellt Arbeitslosigkeit für besonders benachteiligte Bevölkerungsteile eine Dauersituation dar. Diese lässt sich mit Sozialberatung selten beseitigen und nur bedingt bewältigen. Hier sind unkonventionelle Maßnahmen gefragt, die durch Vernetzung auf allen Ebenen neue Verdienstmöglichkeiten auf dem ersten, zweiten und dritten Arbeitsmarkt schaffen. Unter den Schlagworten „lokale Ökonomie“ und „Solidarökonomie“ werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur und Fachwelt hierzu sozialraumorientierte Modelle diskutiert. Sozialberatung sollte hieran anknüpfen, will sie unter den o.g. Bedingungen nicht zur reinen Frustbewältigung verkommen.

Prof. Dr. phil. Martin Becker

12. September 2010

Literaturverzeichnis:

- Appold, Stephen J. / Kasarda, John D.**(1988): Agglomerationen unter den Bedingungen fortgeschrittener Technologien, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29. Westdeutscher Verlag, Opladen, Seite 132-149.
- Bahrdt, Hans Paul** (1961): Die moderne Großstadt, Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Hamburg.
- Becker, Martin (2008):** Lebensqualität im Stadtquartier. Einflussfaktoren, Wirkungen und Handlungsmöglichkeiten, VDM-Verlag, Saarbrücken.
- Beckerath von, Paul G./ Sauermann, Peter / Wiswede, Günter** (1981) (Hrsg.): Handwörterbuch der Betriebspsychologie und Betriebssoziologie, Enke, Stuttgart.
- Bell, Daniel** (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt/M.
- Braun, Sebastian** (2001a): Bürgerschaftliches Engagement. Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte, in: Leviathan 1/2001, Seite 83-109.
- Braun, Sebastian** (2001b): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland, in: Leviathan 3/2001, Seite 337-354.
- Dangschat, Jens S.** (1996): Lokale Probleme globaler Herausforderungen in deutschen Städten, in: Bernhard Schäfers / Göttrik Wewer (Hrsg.), Die Stadt in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, Seite 31-60.
- Dangschat, Jens** (1998): Segregation, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 207-219.
- Datenreport** (1999), Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Eisner, Manuel** (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Campus, Frankfurt/M.-New York.
- Elias, Norbert** (1976): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Suhrkamp, Frankfurt/Main. Erstausgabe: Gräfenhainichen 1937.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim** (1987): Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismus-Krise zur „postfordistischen“ Regional- und Stadtstruktur, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S.31ff..
- Ettrich, Frank** (2002): Editorial, Berliner Journal für Soziologie, Band 12, 1/2002, S.3ff..
- Feldtkeller, Andreas** (1994): Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes, Campus, Frankfurt/M.- New York.
- Fourastié, Jean** (1954): Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Econ, Düsseldorf-Wien.
- Friedrichs, Jürgen** (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Friedrichs, Jürgen** (1988) (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Friedrichs, Jürgen** (1995): Stadtsoziologie, Leske + Budrich, Opladen.
- Friedrichs, Jürgen** (1998): Gentrification, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 57-66.
- Friedrichs, Jürgen** (1999): Globalisierung, in: Soziologische Revue 22. R. Oldenbourg, München, S. 143-158.
- Gatzweiler, Hans-Peter/Strubelt, Wendelin** (1988): Demographische Veränderungen und Wandel der Städte, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 193ff..

- Hadeler**, Thorsten u.a.(2000): Wirtschaftslexikon, Gabler, Wiesbaden, S. 1785.
- Häußermann**, Hartmut (1997): Stadt und Fremdheit, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Zusammenleben im Stadtteil, ILS-118, Dortmund, S. 38ff.
- Häußermann**, Hartmut / **Siebel**, Walter (1987): Polarisierende Stadtentwicklung. Ökonomische Restrukturierung und industrielle Lebensweisen, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S.79ff.
- Häußermann**, Hartmut / **Siebel**, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 78ff..
- Häußermann**, Hartmut / **Siebel**, Walter (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik, in: Leviathan, Sonderheft 13/1993, Opladen.
- Hecker**, Wolfgang (1997): Außenseiter unerwünscht, in: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg(Hrsg.), Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, Heft 11+12, Stuttgart, S. 246-250.
- Herlyn**, Ulfert (1974) (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur, Nymphenburger Verlag, München.
- Hinte**, Wolfgang / **Kreft**, Dieter (2005): Sozialraumorientierung, in: Kreft, D. / Mielenz, I. (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit, 3. Auflage, Weinheim, München, 2005, S. 869-872.
- Hradil**, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen.
- Ipsen**, Detlef (1987): Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S.139ff.
- Jacobs**, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Ullstein, Berlin-Frankfurt/M.-Wien.
- Krämer-Badoni**, Thomas (1987): Postfordismus und Postmoderne. Ansätze zur Kritik eines kritischen Topos, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S. 167ff..
- Läpple**, Dieter (1998): Ökonomie, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske+Budrich, Opladen, S. 193-206.
- Nefiodow**, Leo A.(1996): Der sechste Kondratieff. Wege zu Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information, Rhein-Sieg Verlag, Sankt Augustin.
- Park**, Robert / **Burgess**, E. W. / **McKenzie**, R.D. (1925): The City, University Press, Chicago.
- Prigge**, Walter (1987) (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston.
- Reichard**, Christoph (1994): Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung, Edition Sigma, Berlin.
- Schäfers**, Bernhard / **Wewer**, Göttrik (1996)(Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen.
- Schumpeter**, Joseph A.(1961): Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Sennett**, Richard (1998b): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin. Erstausgabe: Flesh and stone: the body and the city in western civilization, Norton, New York 1994.
- Siebel**, Walter (1998): Urbanität, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske+Budrich, Opladen, S. 262-269.
- Simmel**, Georg (1984): Die Großstädte und das Geistesleben, in: ders., Das Individuum und die Freiheit, Wagenbach, Berlin, S. 192-204.
- Sohn**, Karl-Heinz (1993): Lean Management, Econ, Düsseldorf.

- Soros, George (2008):** Das Ende der Finanzmärkte - und deren Zukunft. Die heutige Finanzkrise und was sie bedeutet; Finanzbuch Verlag.
- Strubelt, Wendelin (1998):** Stadtentwicklung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 220-233.
- Tönnies, Ferdinand (1931):** Gemeinschaft und Gesellschaft, in: Alfred Vierkant (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Berlin, S. 180ff..
- Weber, Max (1922):** Die nichtlegitime Herrschaft. Typologie der Städte, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.
- Wirth, Louis (1974):** Urbanität als Lebensform, in: Ulfert Herlyn (Hrsg.), Stadt- und Sozialstruktur, Nymphenburger, München. Erstausgabe: Wirth, Louis (1938): Urbanism as a way of life, in: American Journal of Sociology, XLIV.
- Zimmermann, Gunter E. (1996):** Armut in der Großstadt, in: Bernhard Schäfers / Göttrik Wewer (Hrsg.) Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen, S.105-122.